

Satzung

Deutscher Dart-Verband e.V.

DDV

In der Beschlussfassung der Delegiertenversammlung vom 24. November 1991 in Biebergemünd und den Änderungen der Delegiertenversammlungen/Verbandstag vom 8. Januar 1994 in Bochum, 26. Juni 1994 und 6. Mai 1995 in Friedberg/Dorheim, 14. Juli 1996 in Mülheim/Ruhr, 10. November 1996 in Peine, 6. Juni 1998, 23. Juni 2001, 31. Mai 2003, 7. August 2004, 28. November 2004, 23. Juli 2005, 26. März 2006, 25. März 2007, 22. März 2009, 1. November 2009 in Friedberg/Dorheim, 28. August 2010 in Kirchheim und 18. März 2012 in Friedberg/Dorheim

© Copyright Deutscher Dart-Verband e.V.

Satzung - Seite 1 von 14

(Stand: 18. März 2012)

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz und Geschäftsjahr	3
§ 2	Zweck und Aufgaben	3
§ 3	Rechtsgrundlagen	3
§ 4	Erwerb der Mitgliedschaft	4
§ 5	Rechte und Pflichten	5
§ 6	Beendigung der Mitgliedschaft	5
§ 7	Bundesorgane	5
§ 8	Präsidium	6
§ 9	Ausschüsse	7
	I Der Hauptausschuss	7
	II Die Fachausschüsse	7
§ 10	Verbandstag	8
§ 11	Verbandsgerichtsbarkeit	9
§ 12	Ehrungen	13
§ 13	Ehrenamtliche Tätigkeiten und Funktionen	13
§ 14	Datenschutz	14
§ 15	Jugendclub	14
§ 16	Niederschrift	14
§ 17	Auflösung	14
§ 18	Inkrafttreten	14

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen "Deutscher Dart-Verband e.V. (DDV)".
2. Der Verein hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist unter der Registernummer VR 2202 in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Wiesbaden eingetragen. Der Verein ist Mitglied in der World Darts Federation (WDF) und im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB).
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

1. Der DDV bezweckt den Zusammenschluss aller Dartsportler in Deutschland auf freiwilliger Grundlage zur Förderung und zur Pflege der Traditionen des Dartsports. Ihm obliegt eine wirkungsvolle Vertretung seiner Mitglieder im In- und Ausland.
2. Der DDV ist politisch und konfessionell neutral. Seine Tätigkeit ist nicht auf wirtschaftliche Vorteile gerichtet. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
3. Der DDV ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des DDV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des DDV.
5. Der DDV darf keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
6. Seine Ziele verwirklicht er durch:
 - a) Pflege und Verbreitung des Dartsports,
 - b) Schaffung einheitlicher Richtlinien für den Dartsport,
 - c) Durchführung von deutschen Meisterschaften, Ranglistenturnieren und eines Bundesligaspielbetriebs, internationale Vertretung durch Nationalteams,
 - d) Abhaltung von Pokalturnieren, Vergleichswettbewerben und sonstigen Dartsportveranstaltungen
 - e) Aufklärung der Öffentlichkeit über den Dartsport und seine Tradition
 - f) Unterstützung und Beratung der Behörden in Fragen im Zusammenhang mit dem Dartsport,
 - g) Vertretung der deutschen Interessen in Zusammenhang mit dem Dartsport gegenüber deutschen und ausländischen Behörden und Organisationen,
 - h) Zusammenarbeit mit den Dartorganisationen in der entsprechenden internationalen Dartorganisation,
 - i) Aus- und Weiterbildung von Verbandsfunktionären,
 - j) Talentförderung.
 - k) Jugendförderung
 - l) Jede Form der Dopingbekämpfung in enger Verbindung mit dem Spitzenfachverband für präventive und repressive Maßnahmen, die geeignet ist, den Gebrauch verbotener Leistungssteigerender Mittel und/oder Methoden zu unterbinden.

§ 3 Rechtsgrundlagen

1. Ordnungen, Richtlinien und deren Änderungen werden vom Hauptausschuss beschlossen. Sie sind für seine Organe, die Landesverbände, deren angeschlossene Regional-/Bezirksverbände, Vereine und Vereinsmitglieder bindend.
2. Dies sind im Einzelnen:
 - Geschäftsordnung
 - Finanzordnung
 - Sport- und Wettkampfordnung
 - Jugendclubordnung
 - Ehrenordnung

- Datenschutzordnung
 - Ausbildungsordnung
 - Anti-Doping Ordnung
3. Ordnungen, Richtlinien und deren Änderungen werden vom Hauptausschuss beschlossen.
- Ausgenommen hiervon sind:
- Jugendordnung (siehe § 15)
 - Datenschutzordnung (siehe § 8(9))
 - Ausbildungsordnung (siehe § 8(9))
 - Anti-Doping Ordnung
4. Die Jugendordnung ist in § 15 geregelt.
5. Zur Sicherung der Verbandsordnung, eines fairen Sportbetriebes und der Chancengleichheit im Wettkampf sind die dazu berufenen Organe des DDV ermächtigt, ein Disziplinar- und Strafrecht nach dieser Satzung auszuüben.
6. Verbandsschädigendes Verhalten, insbesondere Satzungsverstöße, sowie Verstöße gegen bestehende Ordnungen können mit Sanktionen nach Maßgabe dieser Satzung geahndet werden. Verbandsschädigendes Verhalten ist jedes Verhalten, welches geeignet ist, das Ansehen des Verbandes oder des Dartsports herabzusetzen, sowie jedes Verhalten das auf die Vereitelung der Zwecke des Verbandes gerichtet oder hierzu geeignet ist. Ein konkreter Schaden muss nicht eingetreten sein. Verbandsschädigendes Verhalten ist insbesondere auch die Nichtzahlung der Verbandsbeiträge.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder des DDV sind die Landesdartverbände. Landesdartverbände im Sinne dieser Satzung sind:
- a) regionale Gliederungen, deren Grenzen im Regelfall einem Bundesland entsprechen. Sie müssen ihre Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichtes erlangt haben und vom zuständigen Finanzamt aufgrund ihrer Satzung als gemeinnützig anerkannt worden sein,
 - b) andere den Dartsport fördernde, eingetragene und gemeinnützig anerkannte Zusammenschlüsse und Körperschaften (assoziierte Mitglieder) auf Landesebene.
2. Vereine und Körperschaften aus Bundesländern, welche den Aufnahmebedingungen nach § 4 Abs. 1 entsprechen und in denen kein Landesverband existiert, können bis zur Gründung ihres Landesverbandes unmittelbar dem DDV beitreten. Mit der Aufnahme des Landesverbandes in den DDV erlischt ihre unmittelbare Mitgliedschaft im Bundesverband.
3. Personen, die dem Verband auf besondere Weise Unterstützung zukommen lassen, können durch den Hauptausschuss zu fördernden Mitgliedern ernannt werden. Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht.
4. Personen, die sich auf besondere Weise für den Dartsport verdient gemacht haben, können vom Hauptausschuss zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder haben kein Stimmrecht.
5. Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an das Präsidium des DDV einzureichen, das darüber entscheidet. Diesem Antrag sind beizufügen:
- a) eine Kopie der gültigen Satzung,
 - b) ein aktueller Auszug aus dem Vereinsregister des zuständigen Registergerichtes,
 - c) Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamtes.
6. Gegen diese Entscheidung steht jedem Mitglied/Antragsteller Beschwerde an den Hauptausschuss zu. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung mit schriftlicher Begründung an den Hauptausschussvorsitzenden zu richten, der nach schriftlicher Abstimmung der Mitglieder endgültig entscheidet.
7. Der Erhalt der Gemeinnützigkeit ist von den Mitgliedern je nach Geltungsdauer der Körperschaftssteuerbefreiung unaufgefordert nachzuweisen. Sofern der Nachweis nicht vorliegt, ruht das Stimmrecht.

§ 5 Rechte und Pflichten

1. Die Landesdartverbände sind die organisierten Zusammenschlüsse aller Vereine ihres Landes, die die Tradition und Verbreitung des Dartsports pflegen. Innerhalb ihrer Bereiche sind sie für alle in der Ausübung und Pflege des Dartsports zusammenhängenden Fragen durch eigene Satzungen und Ordnungen zuständig, soweit diese Fragen nicht der Beschlussfassung durch Organe des DDV vorbehalten sind.
2. Die Mitglieder nach §4 Abs.1 und Abs.2 sind berechtigt, durch ihre Vertreter am Verbandstag teilzunehmen, bei der Fassung der Beschlüsse mitzuwirken, ihr satzungsmäßiges Stimmrecht auszuüben und Anträge zur Beschlussfassung einzubringen.
3. Die Mitglieder des Deutschen Dart-Verbandes sind verpflichtet, die Satzung und für sie verbindlichen Ordnungen, Richtlinien und Beschlüsse des DDV zu befolgen und durchzuführen; dafür zu sorgen, dass sie selbst und ihre mitgliedschaftlich verbundenen juristischen und natürlichen Personen sich der Satzung, den Ordnungen, Richtlinien und Beschlüssen des DDV unterwerfen und dass ihre Satzungen und Ordnungen nicht zu diesen in Widerspruch stehen; die Vertreter des Präsidiums des DDV an ihren Sitzungen teilnehmen zu lassen und ihnen auf Wunsch Rederecht zu erteilen.
4. Zur Durchführung seiner Aufgaben erhebt der DDV Beiträge und Gebühren. Die Höhe der Beitragszahlungen wird durch den Verbandstag festgelegt. Mitgliedermeldungen und Beitragszahlungen erfolgen gemäß den Regelungen der Finanzordnung. Das Stimmrecht und die Spielberechtigung der Mitglieder und ihrer mitgliedschaftlich verbundenen juristischen und natürlichen Personen für Sportveranstaltungen des DDV ruhen bis zur vollständigen Beitragszahlung, es sei denn dem Mitglied ist Stundung nach Maßgabe der Finanzordnung gewährt worden.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Auflösung oder Ausschluss. Die Beitragspflicht erstreckt sich bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres.
2. Mit Beendigung der Mitgliedschaft gehen alle Rechte, die sich aus der Zugehörigkeit zum DDV ergeben, verloren. Kein Mitglied hat Anspruch auf das Vermögen des DDV.
3. Der Austritt ist nur zum Ende des Geschäftsjahres zulässig und muss einem Mitglied des Vorstandes spätestens drei Monate vorher per eingeschriebenen Brief erklärt werden. Die Beitragspflicht für das laufende Geschäftsjahr bleibt bestehen. Bereits entrichtete Beiträge werden – auch nicht anteilig- nicht erstattet.
4. Mitglieder können ausgeschlossen werden, wenn sie in erheblicher Weise gegen die Satzung des DDV verstoßen, dessen Ordnungen grob missachten oder dessen Ansehen erheblich geschädigt haben. Über den Ausschluss entscheidet der Verbandstag. Bis zur endgültigen Entscheidung bleiben Rechte und Pflichten des Mitgliedes in Kraft.

§ 7 Bundesorgane

Die Organe des DDV sind:

- a) das Präsidium,
- b) der Hauptausschuss,
- c) der Verbandstag,
- d) die Fachausschüsse.
- e) das Verbandsgericht

§ 8 Präsidium

1. Dem Präsidium gehören an:
 - a) der Präsident,
 - b) der Vizepräsident,
 - c) der Schatzmeister,
 - d) der Schriftführer,
 - e) der Bundesspielleiter,
 - f) der Teammanager der Nationalmannschaften,
 - g) der Bundesjugendleiter oder sein Stellvertreter.
2. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Präsident, der Vizepräsident und der Schatzmeister. Im Außenverhältnis ist jedes Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem anderen Vorstandsmitglied vertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis vertritt der Präsident den Verband. Bei Anmeldungen von Satzungsänderungen und/oder Wechsel in der Vorstandschaft ist es ausreichend, wenn ein Vorstandsmitglied gem. § 26 BGB tätig wird. Bei Verhinderung des Präsidenten vertritt ihn der Vizepräsident, bei dessen Verhinderung der Schatzmeister, bei dessen Verhinderung zwei Präsidiumsmitglieder. Die Verhinderung braucht im Einzelfall nicht nachgewiesen werden.
3. Die Mitglieder des Präsidiums (mit Ausnahme des Bundesjugendleiters, der vom Bundesausschuss gewählt wird) werden auf dem Verbandstag auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist möglich. Das Präsidium bleibt bis zur gültigen Neuwahl im Amt.
4. Das Präsidium hat nach Bedarf, aber mindestens einmal im Jahr zu Sitzungen zusammenzutreten. Ferner ist eine Sitzung einzuberufen, wenn es drei Präsidiumsmitglieder beantragen. Der Präsident oder der Vizepräsident leitet die Sitzungen. Die Einladungsfrist beträgt 3 Tage. In dringenden Fällen, in denen die Einberufung einer Sitzung nicht möglich ist, kann das Präsidium auch eine schriftliche Abstimmung per E-Mail durchführen. Zur Gültigkeit des auf diesem Wege gefassten Beschlusses genügt die einfache Mehrheit des gesamten Präsidiums. Sofern auf dem zur Abstimmung anstehenden Antrag keine Frist zur Stimmabgabe angegeben ist, beträgt diese 2 Tage. Die schriftliche Stimmabgabe ist grundsätzlich an alle Präsidiumsmitglieder zu senden. Die zur Beschlussfassung anstehende Angelegenheit ist nebst Entscheidung im Protokoll der nächsten Präsidiumssitzung festzuhalten.
5. Dem Präsidium obliegt es, die laufenden Geschäfte des DDV im Rahmen dieser Satzung und der Beschlüsse des Verbandstages einschließlich des verabschiedeten Haushaltsplanes zu führen; für ordnungsgemäße Buchführung und Geldanlage ist Sorge zu tragen. Vor jedem Hauptausschuss hat eine Buchprüfung durch den Finanzausschuss zu erfolgen. Die Prüfungsberichte sind dem Hauptausschuss vorzulegen und beim Verbandstag zur Einsicht bereit zu halten.
6. Zur Verfügung über das Bundesvermögen ist das Präsidium nur im Rahmen eines vom Hauptausschuss beschlossenen Haushaltsplanes und nach Maßgabe der Finanzordnung ermächtigt.
7. Zur Erledigung der laufenden Bundesgeschäfte kann eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, die bei Notwendigkeit mit einem Geschäftsführer und der notwendigen Anzahl von Angestellten zu besetzen ist, wenn hierfür die Mittel im Haushaltsplan ausdrücklich genehmigt worden sind. Die Bestellung des Geschäftsführers erfolgt durch das Präsidium, dessen Entlastung durch den Hauptausschuss. Er nimmt an Sitzungen der Organe des DDV beratend teil. Er darf kein Amt innerhalb eines Organes des DDV bekleiden.
8. Das Präsidium wird tätig als Organ der Verbandsgerichtsbarkeit (s. § 11).
9. Ferner obliegt dem Präsidium die Erstellung, Änderung und Ergänzung der Datenschutzordnung in Absprache mit dem Datenschutzreferenten, Erstellung, Änderung und Ergänzung der Ausbildungsordnung nach Richtlinien des DOSB, sowie die Änderungen und Anpassungen der Anti-Doping Ordnung (in Absprache mit der NADA) sowie deren Inkraftsetzung.
10. Das Präsidium ist zuständig für die Wahl/Bestellung sowie Abberufung der Schiedsrichter, der Ligaleiter, des Schiedsrichterobmanns und des Datenschutzreferenten.

Zur Erledigung bestimmter Aufgaben ist das Präsidium berechtigt, Kommissionen zu berufen oder Referenten zu bestellen.

§ 9 Ausschüsse

I Der Hauptausschuss

1. Dem Hauptausschuss gehören an:
 - a) das Präsidium des DDV mit drei Stimmen,
 - b) die Mitglieder mit je einer Stimme für die Körperschaft, Mitglieder nach §4 Abs.1 a der Satzung mit zusätzlich je einer Stimme je angefangene 500 Einzelmitglieder, vertreten durch den ersten Vorsitzenden. Dieser ist berechtigt, sich von einem anderen Präsidiumsmitglied seines Landesverbandes (LV) vertreten zu lassen,
 - c) der Hauptausschussvorsitzende
2. Ein Mitglied des Vorstandes im Sinne des §26 BGB oder ein Präsidiumsmitglied können nicht stimmberechtigte Vertreter eines Mitglieds des DDV sein. Ein Stimmrecht kann nur und muss als Vorstandes-/Präsidiumsmitglied ausgeübt werden.
3. Den Vorsitz des Hauptausschusses übernimmt ein Mitglied: Die Reihenfolge wird vom Hauptausschuss festgelegt. Dabei ist jedes Mitglied gleich zu berücksichtigen.
4. Der Hauptausschuss wird von seinem Vorsitzenden einberufen und geleitet.

Der Hauptausschuss ist einzuberufen:

- a) mindestens zweimal innerhalb eines Geschäftsjahres,
 - b) wenn dies schriftlich von mindestens zwei seiner Mitglieder unter Angabe des Zweckes und der Gründe gefordert wird.
5. Der Hauptausschuss ist zuständig in allen Angelegenheiten, die nicht dem Verbandstag oder anderen Organen satzungsgemäß vorbehalten sind, insbesondere für:
 - a) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Präsidiums,
 - b) Beratung des Präsidiums in wichtigen Angelegenheiten,
 - c) Erlass, Ergänzung und Änderung der Ordnungen und Richtlinien,
 - d) Genehmigung des vom Schatzmeister erstellten und vom Finanzausschuss geprüften Haushaltsplanes,
 - e) Ausarbeitung von Empfehlungen an den Verbandstag.
 6. Die Einladungsfrist für den Hauptausschuss beträgt 30 Tage. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Bei ordnungsgemäßer Einladung ist die Versammlung in jedem Fall beschlussfähig. Anträge sind an den Hauptausschussvorsitzenden schriftlich und mit Begründung zu richten. Anträge an den Hauptausschuss können vom Präsidium und den Mitgliedsverbänden gemäß § 4.1 gestellt werden. Die Antragsfrist beträgt mind. 14 Tage. Anträge können ebenfalls von den entsprechenden Fachausschüssen kurzfristig (z.B. am Tag der Sitzung) an den Hauptausschuss gestellt werden. Eingehende Anträge werden vom Vorsitzenden mind. eine Woche vorher allen Mitgliedern des Hauptausschusses übermittelt.

II Die Fachausschüsse

1. Den Fachausschüssen gehören an:
 - a) die Mitglieder mit je einer Stimme,
 - b) das Präsidiumsmitglied in dessen Bereich der jeweilige Fachausschuss fällt. Dieses kann sich von einem anderen Präsidiumsmitglied vertreten lassen.
2. Den Vorsitz eines Fachausschusses übernimmt das Präsidiumsmitglied, in dessen Bereich der jeweilige Fachausschuss gehört oder sein Vertreter. Dieser beruft die Sitzung ein und leitet sie.
3. Die Fachausschüsse sind zuständig für alle Angelegenheiten, die nicht dem Hauptausschuss vorbehalten sind, insbesondere für:
 - a) Ausarbeitungen von Empfehlungen an den Hauptausschuss.
 - b) Der Finanzausschuss ist zudem zuständig für die Prüfung der vom Schatzmeister vorzulegenden Jahresabschlüsse, Zwischenberichte und Belege.
Die Prüfung hat sich auf die Einhaltung der gesetzlichen Buchführungsvorschriften, insbesondere:

- den Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit
- die Vollständigkeit (keine Nebenkassen)
- das Saldierungsverbot von Erlösen und Aufwendungen
- die Übereinstimmung des Vorjahresabschlusses mit den Eröffnungszahlen des laufenden Jahres
- die Einhaltung steuerrechtlicher Vorschriften (erkennbare Verstöße gegen Gemeinnützigkeitsrecht)
- die satzungsgemäße Verwendung der Mittel
- die sachlich und rechnerische Richtigkeit der Ausgaben
- die Beurteilung der Finanzlage
- die Einhaltung der Vorgaben des Haushaltsplanes zu erstrecken.

Prüfungsgegenstände sind insbesondere:

- Bankkonten
- Barkassen
- die Zahlung der Mitgliedsbeiträge
- Forderungen/Verbindlichkeiten

c) Ausarbeitung und Erarbeitung von Ordnungsänderungen die kurzfristig zu entscheiden sind.

4. Die Einladungsfrist für die Fachausschüsse beträgt 30 Tage. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Bei ordnungsgemäßer Ladung sind die jeweiligen Ausschüsse in jedem Fall beschlussfähig. Anträge sind an den jeweiligen Ausschussvorsitzenden schriftlich und mit Begründung zu richten. Anträge an die Ausschüsse können vom Präsidium, den Organen des DDV und den Mitgliedsverbänden gem. § 4.1 gestellt werden. Die Antragsfrist beträgt mind. 14 Tage. Eingehende Anträge werden vom Vorsitzenden mind. eine Woche vorher allen Mitgliedern des Ausschusses übermittelt.

§ 10 Verbandstag

1. Der Verbandstag ist das oberste Bundesorgan. Er setzt sich zusammen aus:
 - a) dem Präsidium mit drei Stimmen,
 - b) Mitgliedern nach §4 Abs.1 und Abs.2 mit je einer Stimme für die Körperschaft, vertreten durch ihre Delegierten, deren Stimmen wie folgt festgelegt werden:
Mitglieder nach §4 Abs.1a der Satzung erhalten eine Stimme je angefangene 50 Einzelmitglieder. Ein Delegierter kann nicht mehr als 15 Stimmen auf sich vereinigen. Delegierte müssen den Mitgliedern selbst mitgliedschaftlich verbunden sein.
2. Der Verbandstag ist zuständig für:
 - a) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Präsidiums,
 - b) Wahl des Präsidiums,
 - c) Entlastung des geschäftsführenden Präsidiums nach § 26 BGB,
 - d) Abberufung von Präsidiumsmitgliedern,
 - e) Entgegennahme und Genehmigung der Prüfungsberichte des Finanzausschusses und Festsetzung des Bundesbeitrages,
 - f) Wahl des Verbandsgerichts,
 - g) Satzungsänderungen,
 - h) An- und Verkauf von Grundstücken und deren Belastung,
 - i) Verbot der Amtsausübung
 - j) und Disziplinarinstanz für den Ausschluss von Mitgliedern
 - k) Auflösung des DDV.
3. Der Verbandstag findet alle 3 Jahre innerhalb der ersten neun Monate des betreffenden Geschäftsjahres statt. Der Präsident beruft den Verbandstag durch schriftliche Einladung der Mitgliedsverbände mindestens 60 Tage vor dem Tagungstermin ein. Der Verbandstag ist nach ordnungsgemäßer Einberufung in jedem Fall beschlussfähig, Der Verbandstag wird vom Präsidenten oder, in seiner Abwesenheit, vom Vizepräsidenten geleitet.
4. Anträge zum Verbandstag können stellen:
 - die Mitglieder nach §4 Abs.1 und Abs.2 der Satzung,
 - der Hauptausschuss,
 - das Präsidium,

- der Jugendclub des DDV.
- das Verbandsgericht

Die Anträge müssen schriftlich mit Begründung spätestens 70 Tage vor der Versammlung beim Präsidenten oder bei in der Einladung benannter Person eingereicht werden. Später eingehende Anträge werden als Dringlichkeitsanträge behandelt. Dringlichkeitsanträge können nur behandelt werden, wenn sie schriftlich eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge, die eine Satzungsänderung zum Gegenstand haben bedürfen einer ¾- Mehrheit der anwesenden Stimmen, sowohl für die Zulassung als auch in der Abstimmung selbst.

5. Ein außerordentlicher Verbandstag ist einzuberufen, wenn es 1/3 der Mitgliedsverbände schriftlich beantragen. Die Einladungs- und Antragsfrist entspricht jeweils der des ordentlichen Verbandstages. Ebenso kann der Vorstand jederzeit einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert.

§ 11 Verbandsgerichtsbarkeit

1. Der Verbandsgerichtsbarkeit des DDV unterliegen alle satzungsgemäßen Mitglieder. Deren mitgliedschaftlich verbundenen juristischen und natürlichen Personen unterliegen der Disziplinargewalt des DDV soweit sie sich dieser unterstellt und die Ordnungen und die Satzung des DDV als für sich verbindlich anerkannt haben.
2. Die nachfolgenden Personen und Personenmehrheiten sind ermächtigt auf Grundlage der Satzung und den bestehenden Ordnungen disziplinarisch tätig zu werden:

a) Das Präsidium

bei Verstößen der Landesdartverbände nach § 2 Abs. 6, §5 Abs. 3 und 4 dieser Satzung, bei Verstößen gegen die Sport- und Wettkampfordnung sowie bei Nichteinhaltung schriftlicher und rechtsgültiger Vereinbarungen.

Das Präsidium verhandelt mit mindestens 5 seiner Mitglieder. Es ist befugt folgende Sanktionen zu verhängen:

- Verweis/Verwarnung
- Geldstrafe bis € 500,00 gegen natürliche Personen, auch Mitglieder von Organen.
- Geldstrafe bis zu € 2.000,00 gegen Vereine.
- Geldstrafe bis zu € 5.000,00 gegen Landesdartverbände.
- Das Verbot an DDV-Veranstaltungen teilzunehmen.
- Das Verbot ein DDV-Turnier auszurichten, oder daran mit zu wirken.
- Verhängung von Sperren gegen Spieler/Teams von bis zu 2 Jahren.

b) Die Schiedsrichter

als erste disziplinarische Instanz bei Verstößen gegen die Sport- und Wettkampfordnung während des Spiel- und Sportbetriebs Schiedsrichter werden nach erfolgreich abgelegter Prüfung durch das Präsidium für den Zeitraum von vier Jahren bestellt. Die Bestellung ist jederzeit widerrufbar.

Befugnisse der Schiedsrichter im Spiel- und Sportbetrieb:

1. Verwarnung/Verweis eines Spielers oder Teams
2. Disqualifizierung eines Spielers oder Teams.
3. Aberkennung von Punkten, Spielen und Legs.

c) Die Bundesspielleitung,

bestehend aus dem Bundesspielleiter als Vorsitzenden und den Ligaleitern der DDV-Ligen.

Der Bundesspielleiter wird nach § 8 für den Zeitraum von drei Jahren gewählt. Die Ligaleiter werden durch das Präsidium bis auf Widerruf bestellt.

Die Bundesspielleitung ist disziplinarische Instanz und Instanz zur Überprüfung von Widersprüchen gegen Entscheidungen des Schiedsrichters.

Die Bundesspielleitung ist bei Verstößen gegen die Sport- und Wettkampfordnung befugt zur:

1. Verwarnung/zum Verweis eines Spielers/Teams
2. Disqualifizierung eines Spielers/Teams
3. Aberkennung von Punkten/Ranglistenpunkten, Spielen und Legs
4. Verhängung von Geldstrafen bis zu €300
5. Verhängung von Sperren bis zu einem Jahr gegen Spieler/Teams

c) Das Verbandsgericht

ist Disziplinarinstanz und Instanz zur Überprüfung von Entscheidungen des Präsidiums, der Bundesspielleitung und des Verbandstages. Es ist erstinstanzlich zuständig bei Verstößen gegen die Anti-Doping-Ordnung, es sei denn, der DDV hat mit dem Betroffenen eine Schiedsvereinbarung getroffen und die Geltung der Sportschiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Sportschiedsgerichtsbarkeit (DIS) (DIS-SportSchO) vereinbart.

Das Verbandsgericht setzt sich aus fünf Personen zusammen, die vom Verbandstag auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Es verhandelt mit mindestens drei seiner Mitglieder.

Das Verbandsgericht kann bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern als Schiedsgericht tätig werden, sofern die Beteiligten eine der Zivilprozessordnung entsprechende Schiedsvereinbarung getroffen haben. Das Verbandsgericht ist befugt, die den übrigen Organen der Verbandsgerichtsbarkeit zugewiesene Disziplinargewalt auszuüben, mit Ausnahme des Ausschlusses von Mitgliedern. Insoweit kann es Entscheidungen des Verbandstages nur aufheben oder bestätigen. Bei Verstößen gegen Anti-Doping Bestimmungen der Anti-Doping-Ordnung ist das Verbandsgericht befugt,

- bei Vorhandensein einer Verbotenen Substanz, ihrer Metaboliten oder Marker in der Probe eines Athleten;
- bei Gebrauch oder Versuch des Gebrauchens einer Verbotenen Substanz oder einer Verbotenen Methode durch einen Athleten;
- bei Weigerung oder Unterlassen ohne zwingenden Grund, sich nach entsprechender Aufforderung einer nach anwendbarer Anti-Doping-Bestimmung zulässigen Probenahme zu unterziehen, oder anderweitiger Umgehung einer Probenahme;
- bei Verstößen gegen anwendbare Vorschriften zur Verfügbarkeit des Athleten für Trainingskontrollen, einschließlich Meldepflichtversäumnissen und versäumten Kontrollen, die auf der Grundlage von Bestimmungen festgestellt worden sind, die dem International Standard for Testing entsprechen;
- bei drei versäumten Kontrollen und/oder Meldepflichtversäumnissen innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten;
- bei unzulässiger Einflussnahme oder Versuch derselben auf irgendeinen Teil des Dopingkontrollverfahrens;
- bei Besitz verbotener Substanzen und verbotener Methoden gemäß Verbotensliste der Anti-Doping-Verordnung;
- bei Inverkehrbringen einer verbotenen Substanz oder verbotenen Methode oder Versuch desselben;
- bei Verabreichung oder versuchter Verabreichung verbotener Substanzen und verbotener Methoden an Athleten innerhalb des Wettkampfes oder außerhalb des Wettkampfes, sofern sie außerhalb des Wettkampfes verboten sind
- bei jeder Unterstützung, Aufforderung, Hilfe, Mithilfe, Verschleierung oder sonstiger Beteiligung bei einem Verstoß oder Versuch eines Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen,

Ergebnisse bei einer Wettkampfveranstaltung bei der ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen erfolgt ist zu annullieren und Medaillen, Punkte und Preise abzuerkennen, befristete bis lebenslange Sperren für den Wettkampfbetrieb zu verhängen und Einbehaltung und Rückforderung bewilligter und gewährter finanzieller Unterstützung oder anderer sportbezogener Leistungen anzuordnen. Mitglieder des Verbandsgerichtes dürfen weder Mitglieder des Präsidiums noch Fördermitglieder sein. Personen welche die Befähigung zum Richteramt nach den gesetzlichen Vorschriften besitzen können, auch ohne Mitglied im DDV zu sein, zu Mitgliedern des Verbandsgerichtes gewählt werden. Gleiches gilt für Personen, die auch ohne diese Befähigung für die Wahrnehmung des Amtes geeignet sind.

3. A. Gemeinsame Verfahrensvorschriften

- I. Die nachfolgenden Vorschriften gelten nicht für Schiedsrichter im Spiel- und Sportbetrieb. Die Organe der Verbandsgerichtsbarkeit werden auf schriftlichen Antrag der zu begründen ist oder nach pflichtgemäßem Ermessen bei Kenntnis eines sanktionsbedürftigen Sachverhaltes tätig.
- II. Vor Ahndung eines Fehlverhaltens ist jedem Betroffenen unter Mitteilung des gegen ihn erhobenen Vorwurfes Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- III. Ein Organ der Verbandsgerichtsbarkeit und seine Mitglieder können sich durch schriftliche Erklärung von der Mitwirkung an einem Verfahren wegen Befangenheit entbinden. Das gilt nicht für den Präsidenten.

- IV. Die Bundesspielleitung kann sich nur insofern für befangen erklären, als Sperren bis zu einem Jahr in Betracht kommen und der Verein dem sie angehört oder ein Mitglied dieses Vereines betroffen ist.
- V. Ein Organ der Verbandsgerichtsbarkeit und seine Mitglieder die selbst betroffen sind, sind von einer Mitwirkung im Verfahren ausgeschlossen.
- VI. Das Recht des Betroffenen einen Befangenheitsantrag zu stellen, bleibt in jedem Falle unberührt.
- VII. Befangenheit eines Organes oder von Mitgliedern der Verbandsgerichtsbarkeit kann insbesondere dann vorliegen, wenn:
 - sein Verein oder ein Mitglied seines Vereines betroffen ist;
 - ein Verlöbnis/Eheversprechen oder eine Ehe/Lebenspartnerschaft mit dem Betroffenen besteht;
 - eine bereits aufgelöste Ehe/Lebenspartnerschaft mit dem Betroffenen besteht;
 - eine Verwandtschaft in gerader Linie oder Schwägerschaft besteht;
 - eine Verwandtschaft in der Seitenlinie bis zum dritten Grad oder bestehende oder beendete Schwägerschaft bis zum zweiten Grad.

Über Befangenheitsanträge gegen die Bundesspielleitung entscheidet das Präsidium. Im Übrigen entscheiden die Organe der Verbandsgerichtsbarkeit unter Ausschluss ihrer für befangen erklärten Mitglieder, denen zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.
- VIII. Die Organe der Verbandsgerichtsbarkeit entscheiden mit einfacher Stimmenmehrheit durch schriftlichen Beschluss. Beratungen und Stimmverteilungen bei Beschlussfassungen unterliegen der Geheimhaltung. Ein Verstoß hiergegen ist verbandsschädigendes Verhalten und kann zum Ausschluss aus dem Verband führen. Beratungen und mündliche Verhandlungen erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Von der Ahndung eines Fehlverhaltens kann abgesehen werden, wenn lediglich ein geringfügiger Verstoß vorliegt und zu erwarten ist, dass bereits das Verfahren selbst ausreicht gleichartige Verstöße in Zukunft zu unterbinden.
- IX. Jeder Beschluss ist dem Präsidenten unverzüglich vorzulegen und dem Betroffenen zuzustellen. Die Zustellung an den Betroffenen wird durch persönliche Übergabe gegen Quittung oder einfaches Schreiben bewirkt. Als zugestellt gilt das Schreiben drei Werktage nach Aufgabe zur Post es sei denn, es ist rückläufig. Trotz Rückläufigkeit gilt es als zugestellt, wenn die Annahme verweigert worden ist.
- X. Die Organe der Verbandsgerichtsbarkeit entscheiden im schriftlichen Verfahren, es sei denn, der Betroffene beantragt die Durchführung einer mündlichen Verhandlung. Eine mündliche Verhandlung vor der Bundesspielleitung ist ausgeschlossen. Soll ein Mitglied durch den Verbandstag ausgeschlossen werden, so ist es satzungsgemäß zu laden und ihm die Gelegenheit zur Stellungnahme auf dem Verbandstag zu geben. Solange kein Ausschluss beschlossen ist, hat das betroffene Mitglied ein Anwesenheitsrecht auf dem Verbandstag. Der Verbandstag entscheidet in geheimer Abstimmung.

B. Besondere Verfahrensvorschriften

Bei Verstößen gegen Anti-Doping-Bestimmungen der Anti-Doping-Ordnung gelten zusätzlich folgende Verfahrensvorschriften:

I. Mündliche Verhandlung

Eine Entscheidung erfolgt grundsätzlich auf der Grundlage einer mündlichen Verhandlung. Eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren kann nur erfolgen, wenn

- der Betroffene sein Einverständnis schriftlich gegenüber dem Verbandsgericht erklärt hat,
- ein Geständnis vorliegt;
- der Betroffene trotz ordnungsgemäßer Ladung mit Hinweis auf die Folgen einer Säumnis zu einer mündlichen Verhandlung nicht erscheint, oder es unterlässt, sich innerhalb einer vom Verbandsgericht bestimmten Frist zu äußern oder Beweismittel vorzulegen oder zu benennen, es sei denn, die Säumnis ist zur Überzeugung des Verbandsgerichtes genügend entschuldigt.

-

II. Anwaltliche Vertretung, Dolmetscher

In Anti-Doping-Verfahren besteht das Recht auf anwaltliche Vertretung und Hinzuziehung eines Dolmetschers.

C. Rechtsbehelfe

Satzungsgemäße Rechtsbehelfe sind:

- I. Die Beschwerde des Betroffenen gegen Entscheidungen des Schiedsrichters zur Bundesspielleitung;
- II. Die weitere Beschwerde des Betroffenen gegen Beschwerdeentscheidungen der Bundesspielleitung zum Präsidium;
- III. Die Beschwerde des Betroffenen gegen Erstentscheidungen der Bundesspielleitung zum Verbandsgericht;
- IV. Die Beschwerde des Präsidiums gegen Erstentscheidungen der Bundesspielleitung zum Verbandsgericht;
- V. Die Beschwerde des Betroffenen gegen Erstentscheidungen des Präsidiums zum Verbandsgericht;
- VI. Die Beschwerde des Betroffenen gegen Entscheidungen des Verbandstages zum Verbandsgericht.

Gegen die Entscheidung des Verbandsgerichts bei Doping Vergehen kann unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs ein Rechtsmittel gemäß §45 der Sportgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) (DIS-SportSchO) zum Deutschen Sportschiedsgericht eingelegt werden, wenn der Betroffene eine Schiedsvereinbarung mit dem DDV abgeschlossen hat. Das Rechtsmittel zum Deutschen Sportschiedsgericht ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen einzulegen. Wenn die Frist nicht eingehalten wird, ist das Rechtsmittel verwirkt. Die Entscheidung erfolgt, vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung der Parteien, durch einen Einzelschiedsrichter. Nach §38.2 der DIS SportSchO kann in einer Streitigkeit, die einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen zum Gegenstand hat, gegen den Schiedsspruch ein Rechtsmittel zum Court of Arbitration for Sports (CAS) in Lausanne eingelegt werden

D. Form, Fristen, Verfahren

- I. Jeder Rechtsbehelf ist schriftlich mit einer Begründung versehen an den Präsidenten zu richten und von diesem an das zur Entscheidung berufene Organ weiterzuleiten.
- II. Die Frist für die Einlegung eines Rechtsbehelfs beträgt 14 Tage und beginnt mit der Zustellung der anzufechtenden Entscheidung.
- III. Einen nicht form-und/oder fristgerecht eingelegten Rechtsbehelf kann das für die Entscheidung zuständige Organ im schriftlichen Verfahren als unzulässig zurückweisen. Ein Rechtsbehelf hiergegen kann nur darauf gestützt werden, dass ein Mangel der Form oder ein Fristversäumnis nicht oder nicht verschuldet vorliegt.
- IV. Terminladungen sind dem Betroffenen mit einer Frist von 14 Tagen zuzustellen. Für die Zustellung gelten die Bestimmungen unter §11 Abs.3 A IX. In der Ladung ist der Betroffene darauf hinzuweisen, dass bei Nichterscheinen zum Termin eine Entscheidung nach Lage der Akten ergehen kann.

E. Verfahrenskosten

- I. Zur Deckung der Verfahrenskosten sind von Antragsstellern und Beschwerdeführern vorschüssig Gebühren wie folgt zu zahlen: Für Anträge an Organe der Verbandsgerichtsbarkeit und schriftlicher Entscheidung
 - durch die Bundesspielleitung €200
 - durch das Präsidium €200
 - durch das Verbandsgericht €300.Sofern eine mündliche Verhandlung erfolgt betragen die Gebühren bei Entscheidungen
 - des Präsidiums €400

- des Verbandsgerichtes €600.

Das Verfahren vor dem Verbandstag ist gebührenfrei. Ist der Antragssteller oder Beschwerdeführer ein Organ der Verbandsgerichtsbarkeit oder ein Mitglied derselben, besteht Gebührenfreiheit.

II. Die Gebühren in den Fällen des §11 Abs.3 C betragen bei schriftlicher Entscheidung:

C I. €200

C II. €200

C III. €300

C V. €300

C VI. €300

Mit mündlicher Verhandlung betragen die Gebühren:

C II. €400

C III. bis C VI. €600.

Die Gebühren werden als Pauschale erhoben. Sie sind auf ein dem Gebührenpflichtigen zu benennendes Konto des DDV zu zahlen. Vor Zahlungseingang werden die Organe der Verbandsgerichtsbarkeit nicht tätig.

F. Gebührenerstattung und -verteilung

I. Wird von der Ahndung eines Fehlverhaltens abgesehen, werden gezahlte Gebühren nicht erstattet. Einem Beschwerdeführer sind die von ihm verauslagten Gebühren zu erstatten, soweit zu seinen Gunsten eine Entscheidung ergeht. Ist der Teilerfolg nur gering kann von einer Erstattung insgesamt abgesehen werden. Das gilt auch für notwendige Auslagen des Beschwerdeführers bei zulässiger anwaltlicher Vertretung.

II. Anwaltliche und sonstige Vertretung

Ein Anspruch auf Zulassung eines anwaltlichen Beistandes für ein Verfahren besteht nicht, es sei denn das Organ der Verbandsgerichtsbarkeit ist selbst anwaltlich vertreten oder der Vorsitzende des zur Entscheidung berufenen Organs lässt auf Antrag eine anwaltliche Vertretung zu. Sonstige Vertretung des Antragsstellers oder Beschwerdeführers ist zulässig, sofern es sich um Einzelmitglieder eines DDV-Mitgliedes, oder aber Ehegatten oder Lebenspartner handelt und deren Zulassung beantragt ist. Der gesetzliche Vertreter eines Betroffenen ist auch ohne Antrag stets zuzulassen und am Verfahren zu beteiligen. Ein Anspruch auf Erstattung von Auslagen eines nicht anwaltlichen Vertreters besteht nicht.

G. Vor Ausschöpfung der satzungsgemäßen Rechtsbehelfe ist die Anrufung der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht zulässig. Das gilt nicht, wenn ein Verfahren, ohne dass dieses vom Betroffenen zu vertreten ist, verweigert oder unzumutbar verzögert wird.

Wahlen und Zuständigkeiten regelt die Schieds- und Ehrenordnung des DDV, welche vom Verbandstag beschlossen wird.

§ 12 Ehrungen

Mitglieder, die besondere Verdienste im Dartsport erworben haben oder Personen, die sich in besonderer Weise für den Verband verdient gemacht haben, können ausgezeichnet werden. Weiteres regelt die Ehrenordnung.

§ 13 Ehrenamtliche Tätigkeiten und Funktionen

1. Mitglieder der Organe des Verbands, des Ehrengerichts, der Kommissionen, der Ausschüsse, sowie weiterer Referenten und sonstiger beauftragter Personen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung. Für besonders beanspruchte Mitglieder kann der Hauptausschuss Vergütungen und pauschale Aufwandsentschädigungen im Rahmen der steuerfreien Ehrenamtpauschale beschließen. Sie haben Anspruch auf Aufwendungsersatz nach § 670 BGB. Die näheren Einzelheiten dazu regelt die Finanzordnung, die vom Hauptausschuss erlassen und geändert wird.

2. Ehrenamtliche Funktionen

- a) Zur Erfüllung des Zwecks sind zahlreiche Aufgaben und Funktionen zu erfüllen.
- b) Diese Aufgaben werden ehrenamtlich auf freiwilliger Basis erbracht.
- c) Zur Erfüllung der Aufgaben werden folgende Ämter bestellt:
 - (1) Das Präsidium gemäß § 8 der Satzung (ausgenommen der Bundesjugendleiter)
Die Bestellung erfolgt durch Wahl durch den Verbandstag für die Dauer von drei Jahren.
 - (2) Der Bundesjugendleiter, der stellvertretende Bundesjugendleiter, der Bundesjugendsprecher.
Die Bestellung erfolgt durch Wahl durch den Jugendausschuss für die Dauer von drei Jahren.
 - (3) Die Mitglieder des Verbandsgerichts.
Die Bestellung erfolgt durch Wahl durch den Verbandstag für die Dauer von drei Jahren.

§ 14 Datenschutz

Zur Erfüllung und im Rahmen des Verbandszwecks gemäß § 2, insbesondere der Organisation und Durchführung des Spielbetriebes sowie anderer Bereiche des Dartsports, erfasst der Verband die hierfür erforderlichen Daten einschließlich personenbezogener Daten von Mitgliedern der Landesverbände und deren Mitgliedern. Die Erhebung, Verarbeitung und Weiterleitung sowie die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind in der Datenschutzrichtlinie unter Zugrundelegung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

§ 15 Jugendclub

1. Mit „Jugendclub“ benennt der DDV die Jugendorganisation des Deutschen Dart-Verband e.V. Er führt sich selbständig und entscheidet über die Verwendung der ihm zufließenden Mittel in eigener Zuständigkeit.
2. Der Jugendclub im DDV gibt sich eine eigene Ordnung (Jugendordnung).
3. Die Zusammensetzung der Organe sowie deren Aufgaben ergeben sich aus der Jugendordnung.

§ 16 Niederschrift

Über alle Sitzungen der Organe sind Niederschriften mit dem Ergebnis der Verhandlungen und der Beschlüsse zu fertigen. Sie sind vom Protokollführer und dem die Sitzung leitenden Vorsitzenden abzuzeichnen und grundsätzlich allen Mitgliedern des jeweiligen Organs zuzustellen. Niederschriften der Fachausschüsse und des Jugendclubs sind zusätzlich dem Präsidenten und den Präsidien aller Landesverbände zuzustellen.

§ 17 Auflösung

1. Über die Auflösung des DDV entscheidet der Verbandstag mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder dieses Organes auf einer nur zu diesem Zweck einzuberufenden Versammlung.
2. Ist eine Beschlussfähigkeit dieses Verbandstages nicht gegeben, muss innerhalb von 14 Tagen zu diesem Zweck ein zweiter Verbandstag einberufen werden, der dann in jedem Falle beschlussfähig ist. Hier reicht eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Stimmberechtigten.
3. Im Falle der Auflösung des Deutschen Dart Verbandes oder bei Wegfall des bisherigen Zweckes ist das gesamte Vermögen dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zuzuführen, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 18 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
2. Durch die vorstehende Satzung erlischt die bisher gültige Satzung.